

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 364 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

Bezugspreis: für Halle und umliegende Bezirke monatlich M. 2.40, vierteljährlich M. 7.20, halbjährlich M. 13.20, jährlich M. 24.00. Druck und Post bezogen jährlich postal. Zeitungsst. 100. Morgenausgabe. Anzeigenpreis: Die Sp. 34 mm breit mm-Standard 00 4. Die Sp. 90 mm breit mm-Standard 00 4. Abon. nach Ort, Zeitdauer und Höhe-Satz. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Am Kurfürst Nr. 6200. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verla. n. Dr. von Otto Uhle. Halle-Saale

Ein verlorener Tag

Der Oberste Rat setzte die Oberschlesienberatungen aus, da die Sachverständigen zu keiner Einigung gelangten — Die Anstrengung der Ententepresse, ein Kompromiß herbeizuführen

Kompromißstimmung?

Wie der „Daily Telegraph“ meldet, hätte die internationale Spannung wegen Oberschlesien beträchtlich nachgelassen. Das Blatt erklärt, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Preisgabe des Grundbesitzes der Unteilbarkeit des ober-schlesischen Industriebezirks gefunden werden könne. Offiziös liegt dafür jedoch kein Anzeichen vor. Es sei aber Tatsache, daß jetzt sowohl auf englischer, als auch auf französischer Seite Neigung dazu vorhanden wäre, eine Grenzlinie, die das unteilbare Gebiet durchschneidet, in Erwägung zu geben. Wenn dies auch nicht die beste Lösung wäre, so wäre es doch die leitendste. Die „Daily Mail“ behauptet, der durch den englischen und französischen und den italienischen Oberkommissar vermittelte Sachverständigenauschuss wäre zu gut wie angeordnet worden, eine Erklärung des unteilbaren Industriebezirks zwischen Westfalen und Skottland zwischen Polen und Deutschland vorzuschlagen. Der diplomatische Vertreter der (Lord George nachstehenden) „Daily Chronicle“ meldet aus Paris, die Sachverständigen hätten sich bereits an die Festlegung einer neuen Grenzlinie gemacht, die von Norden nach Süden statt von Osten nach Westen verlief. England müsse in dem Industriebezirk Polen an Polen überlassen und Frankreich dasjenige Teil des neuen unteilbaren Gebietes von Westfalen und Skottland Deutschland zuweisen. Ein Punkt, der Erwähnung gemacht habe, sei, daß in etwa 15 Jahren das Industriegebiet wahrscheinlich von viel geringerem wirtschaftlichen Wert sein werde, während der nicht-angebaute sächsische Bezirk entsprechend im Werte steigen werde. „Wall Mail und Globe“ schreiben: Wenn der Oberste Rat den Deutschen Berechtigten nur deshalb verweigern sollte, weil sie Deutsche seien, dann würde er einen neuen großen Konflikt heraufbeschwören. Die Rechtfertigung des polnischen Grenzgebietes ist eine Verdrehung der allgemeinen Sache. Der polnische Grenzfall darf nicht nach dem Gesichtspunkte in Oberschlesien geführt werden, auf die die Polen kein Recht hätten.

In Frankreich haben die Ausführungen des englischen Premieres mit einer kalten Wassertracht gemittelt, obwohl die Pariser Morgenblätter fast durchweg an eine Einigung glauben. So sagt Bertin in „Echo de Paris“, der gefürchtete Laube nicht begonnen, was aber nicht bedeutet, daß er schlicht geredet habe. Lord George habe in seiner Rede die Eigenheiten (extraneous) und historischen Theorien wieder vorgebracht, die seine berühmte Rede vom 18. Mai ausgeglichen hätten. Bertin findet die Rede des Ministerpräsidenten Briand schwach und erklärt, die drei in Lord Georges Vorschlag für die Arbeiter der Sachverständigen enthaltenen Grundlinien seien von Briand nicht reflexion angenommen worden. An dieser Stelle schaltet Bertin eine Episode ein: Da Briand entschlossen war, nachzugeben, hätte er seinem englischen Kollegen erklärt, daß die von diesem gesprochenen Worte die französischen Kreise nicht dazu bringen würden, sich geblüht zu zeigen. Man dachte infolgedessen daran, die Worte Lord Georges aus der Welt zu schaffen. Lord Ribbentrop, der mit dem Präsidenten beauftragt ist, hatte jedoch den Korrespondenten bereits das Wesentliche der Mitteilung mitgeteilt. Das französische Außenministerium habe offiziell erklärt, daß der von Lord Ribbentrop mitgeteilte Text der Rede nicht wortgetreu wäre. Bertin hat hervor, daß der Quai d'Orsay sich wohl hüten werde, den wahren Text zu veröffentlichen. Er erklärt ferner, daß während des Besuchs Briand in London Lord George sich das Kompromiß vereinbart wurde, Lord George bestimme nicht mehr darauf, daß das Industriegebiet unteilbar wäre, sondern er bilige nunmehr eine Teilung. Und das sei eine Teilung der Löwenhaut, womit Briand sich zufrieden geben müßte, weil er erklärt hätte, daß man wegen Oberschlesien und wegen Polen die Entente cordiale nicht brechen könnte. In der Frage der Verteilung habe General Le Rond den französischen Standpunkt aufrecht erhalten. Aber was nütze dies alles, da die Deutschen zum größten Teile Befriedigung erlangen (?) würden. Die Forderungen des Generals Le Rond seien also ins Vereinstanzen. In der Angelegenheit der Verteilungen habe man der 14 Nationen in Berlin erzählt und in London ein Bild der Welt gezeichnet. Er schließt mit der Frage, ob das eine französische Politik? „Welt Briefen“ schreibt, zum ersten Male habe man den Weg eingeschlagen, der sich zu einem Abkommen führen werde. Das Do-ma, das von britischer Seite verteidigt wurde,

habe darin bestanden, daß das ober-schlesische Industriegebiet unteilbar sei. Dieses Do-ma habe Lord George in seiner Rede, deren Inhalt vielleicht allgemein bekannt geworden sei als ihre Form, aufgegeben. (2) „Welt Journal“ sagt, das Industriegebiet sei die Festung der englischen Politik gewesen. Man habe Grundzüge angenommen, die dazu führen würden, daß eine gewisse Anzahl von kleinen natürlichen Bezirken geschaffen werde, die zum Teil Deutschland und zum Teil Polen zugehörig würden. Die Lösung, die man voraussetze, näherte sich also dem Vorschlage des Grafen Sforza.

Die Orientfrage im Obersten Rat

Paris, 10. August. Ministerpräsident Briand verhandelte vormittags mit dem belgischen Minister des Auswärtigen Jaspers und dem Vertreter der Regierung von Jugoslawien, Velje Sami Velje. Seine vormittags letzte der Oberste Rat die Besprechung der im Orient zu beobachtenden Neutralität fort und nahm einstimmig folgende Entscheidung an: Die Verbündeten beschießen, ihre Haltung strengster Neutralität im griechisch-türkischen Konflikt beizubehalten, das heißt, die Verbündeten erlauben sich nicht, mit keiner Hilfeleistung irgendwelcher Art in den Kampf einzugreifen, als es sich um Truppen- oder Waffenlieferungen handelt oder um Gewährung von Krediten.

Dazu bemerkt die Sabosagentur: Diese Entscheidung ist höchstbedeutend, nicht zu unterschätzen, daß sie trotzdem die Freiheit des griechischen Handels (die Be-einträchtigung könnte, wie diese nach der derzeitigen Lage-gewissheit besteht. Es geht vielmehr aus dem Vorlaufe der Entscheidung hervor, daß allerdings die Verbündeten Regierungen keinen der Kriegsführer in ihrer Eigenmacht als Regierung unterstützen können, das heißt, die Botschaften nach wie vor das Recht haben, auch fernhin den Griechen wie den Türken Kriegsmaterial zu liefern.

Der Oberste Rat erörterte die Frage der Freiheit der Meerengen. Man beschwerte sich englischerseits, daß die Türken im Bosporus von den Polikessiten mit Waffen versorgt werden. Es wurde daher verlangt, daß auch die Griechen ihrerseits den Bosporus für ihre Operationen benutzen dürfen. Im Gegen-satz zu dieser Auffassung erklärte der französische Vertreter, es sei sehr wichtig, daß keinerlei Rückschlüsse im Bosporus zur Unterstützung komme. Es wird ein gemeinsamer Schritt der Verbündeten-regierungen bei beiden Kriegsführenden unternommen, um die Freiheit der Meerengen zu sichern. Nach der Regelung dieser Frage erörterte der Oberste Rat die Möglichkeit einer Vermittlung. Auch hier wurde eine vollständige Zustimmung erzielt und folgende Entscheidung angenommen: Die Verbündeten-regierungen behalten sich jede Möglichkeit vor, ihre guten Dienste als Vermittler anzubieten, sind aber der Ansicht, daß die Stunde noch nicht gekommen ist, um mit einem günstigen Erfolg eines derartigen Schrittes zu rechnen.

Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen

Da der Sachverständigenauschuss die Frage der Grenzregulierung für Oberschlesien vor heute abend gegen 7 Uhr nicht beendet haben wird, wird in der Nachmittags-sitzung des Obersten Rates über eine andere als die ober-schlesische Frage verhandelt.

Wie Sabos meldet, nimmt Minister Doumergue jetzt auch an den Beratungen des Sachverständigenauschusses teil, der über die ober-schlesische Frage berät. Er wachte der heutigen Nachmittags-sitzung bei.

Der diplomatische Vertreter des „Daily Telegraph“ schreibt, die englischen Sachverständigen hätten auch der Verteilung der Polen neben Westfalen und Skottland einen geringen Teil des Industrie-gebietes im Nordwesten zuweist, noch weitergehende Vorschläge bereitgehalten, die den Verlust darstellten, Polen für den Verlust des neuen Industriebezirks an ent-schiedigen durch Abtretung eines beträchtlichen Gebietes im Norden um Lublin herum und eines weiteren Gebietes im Nordwesten von Danowitsch. Als Beweis für die wenig logische Haltung der französischen Sachverständigen führt der Berichterstatter an, daß bei den vorläufigen Besprechungen die französischen Sach-verständigen soweit gingen, vorzuschlagen, daß England Polen einen großen Teil des Industrie-gebietes aufnehme, wofür Frankreich an Deutsch-land einen großen Teil des Industrie-gebietes abgeben überlassen sollte. Die Engländer vollkommen bereit waren wegen ihrer polnischen Bevölkerung Polen auszuweisen. Wenn dieses Kompromiß aufstünde käme, so würde der Erfolg der sein, daß Polen eine geringere polnische Bevölkerung erhalten hätte, als England ihm zu neben bereit war.

Die „Sanktionen“ am Rhein eine Dauereinrichtung?

Die deutsche und die ausländische Öffentlichkeit wird jetzt mit Fragen bedrückender Art beschäftigt, so daß die Gefahr besteht, daß wichtige, das Lebensinteresse Deutschlands betreffende Probleme langsam in den Hintergrund gedrängt werden. Das trifft vor allem auf die Frage der „Sanktionen“ zu. Seit Monaten kämpft die rheinische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk gegen die unge-rechtfertigten Maßnahmen der Entente am Rhein. Das rheinische Wirtschaftsleben steht vor immer größeren Schwierigkeiten und droht in Kürze gänzlich zu erliegen. Den Berichte der rheinischen Wirtschaftskomitees, besonders der rheinischen Handelskammern, geben dabei erschütternde Beweise. Ihre Schreie nach Aufhebung der erdrückenden Zwangsmaßnahmen sind wochenlang durch die deutsche Presse geignen. In letzter Zeit finden sie leider nur noch geringeren Widerhall, obwohl sie immer erneut mit der Kraft der Wirklichkeit ausgepflohen werden. Der Grund, daß diese Rufe nicht mehr so deutlich gehört und berücksichtig werden, liegt nahe: Die Öffentlichkeit wird durch andere schwerwiegende Probleme in Frage und gehalten.

Trotzdem muß die „Sanktionen“-Frage auch weiterhin die größte Beachtung der deutschen Presse und des deutschen Volkes entgegengebracht werden. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß bei Aufrechterhaltung der „Sanktionen“ nicht nur das rheinische Wirtschaftsleben, sondern auch das deutsche Wirtschaftsleben auf das schwerste erschüttert werden müßte. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das Verschwinden der Not-friede aus dem Rheinland nach Aufhebung der „Sanktionen“ im Interesse Frankreichs liegt, dessen Streben dahin geht, die „Sanktionen“ am Rhein zu einer Dauereinrichtung zu gestalten. Es ist wiederholt und übereinstimmend darauf hingewiesen worden, daß alle Anzeichen den Erfolg ausweisen, Frankreich richtet sich nach und nach das Rheinschiff ein und erzieht die vollständige Auflösung der Rheinlande an deutschen Mutterlande. Neuerungen mangelnde französischer Wirtschaftspolitik, wie sie in der französischen Handelskammer für das besetzte Gebiet vereinigt sind, und die Pläne des Präsidenten der Rheinlandkommission, Litard, weisen nur zu deutlich darauf hin, daß diese Kreise in Verbindung mit den französischen Militär- und An-nexionsisten sich die endgültige Wägen geben, die Aufhebung der „Sanktionen“ zu verhindern.

Diese Tatsache erhält ihre Bestätigung noch dadurch, daß es als sehr fraglich gelten muß, ob die „Sanktionen“-Frage auf der Konferenz des Obersten Rates in Paris zur Sprache kommen wird. Frankreichs macht jedenfalls keine Anstalten, diese Frage zur Erörterung zu stellen; die Mel-dungen der französischen Presse lassen vielmehr die Wahr-scheinlichkeit erkennen, Frankreich werde einen Versuch an-England, diese Frage auf der Konferenz zu behandeln, dadurch verhindern, daß die übrigen, zur Besprechung stehenden Programmpunkte so ausgedehnt erörtert werden, daß zur Behandlung der Sanktionenfrage keine Zeit mehr übrig bleiben wird.

England hat durch seine Staatsmänner wiederholt zum Ausdruck bringen lassen, daß für ein Fortbleiben der Zwangsmaßnahmen am Rhein keinerlei Voraussetzungen mehr bestehen, nachdem Deutschland seinen guten Willen zur Erfüllung der Währungsbedingungen bewiesen hat. Die englischen Wirtschaftskreise sind weiterhin davon überzeugt, daß durch die Fortsetzung der rheinischen Wirtschaft eine ein- und einheitliche Wirtschaft Deutschlands überaus eintreten muß und dadurch die Erfüllung der durch Deutschland über-nommenen Verpflichtungen in Frage gestellt werden würde. Alle diese wirtschaftlichen Wirksamkeiten sind natürlich auch in Frankreich bekannt; trotzdem bewegen die führenden fran-zösischen Politiker in der Behandlung dieser Fragen die erste Gleichgültigkeit, um nur ihre eigentlichen politi-schen Ziele verfolgen zu können.

Weber die Französisierungsbestrebungen im Rheinland ist bereits viel geschrieben worden; die französische Propaganda hat jedoch auf die rheinische Bevölkerung keinerlei Eindruck machen können, da sie fast und unerwartetermaßen zum Deutschen stehen. Auf diesem Wege wird Frankreich also dem Rheinlande nicht beikommen können. Deshalb müßte es über die Gewalt, muß ihm die Besetzung und die höchsten Zwangsmaßnahmen die willkommene Sanctionen bieten. Die verschiedenen wirtschaftlichen Maßnahmen der Franzosen, wie sie in den Besordnungen der Rheinland-kommission ihren Ausdruck finden, lassen bereits ziemlich

